

Alle wollen beste Lösung für den Hauptort

Weit über 100 Personen diskutierten im Mythenforum über die Zukunft nach dem alten AHV-Gebäude.

Jürg Auf der Maur

Eines hat der gestrige Abend und die Umfrage zur Zukunft der neu zu gestaltenden Bahnhofstrasse in Schwyz – also die Zeit nach dem Abriss des alten AHV-Gebäudes – gezeigt. Sie beschäftigt die Schwyzerinnen und Schwyzer sehr.

300 Personen sandten bereits im Vorfeld ihre Ideen für die künftige Arealentwicklung auf Wunsch der Mitte-Partei ein, weit über 100 nahmen sich gestern Abend Zeit, sich anhand von Referaten und einer Podiumsdiskussion weiter mit dem Thema zu befassen.

Die Umfrage, welche die Mitte Schwyz online durchführte, zeigte klar auf, dass die Schwyzer Bevölkerung eine Mischnutzung und Begegnungsräume als Ersatz für das alte AHV-Gebäude an der Bahnhofstrasse sieht («Bote» vom Montag). Mit 166 Nennungen machte – so Mitte-Nationalrat Dominik Blunschy – die Mehrheit deutlich, dass im neuen Gebäude im Zen-

trum von Schwyz Wohnraum, Platz für Begegnung und Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Einigkeit im Grossen – Differenzen im Detail

Einen hohen Stellenwert hat gemäss Umfrage aber auch, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Auf dieses Anliegen legt die SP der Gemeinde Schwyz zusätzlich Gewicht, indem dafür eine eigene Initiative lanciert wurde. Ziel: Auf dem Areal des alten AHV-Gebäudes sollen mindestens 40 Prozent bezahlbare Wohnungen entstehen.

Die drei Podiumsteilnehmer, Kantonsrat Beni Reichmuth, Wirtschaftsförderer Urs Durrer und der Schwyzer Säckelmeister Benno Laimbacher, waren sich im Grundsatz einig, dass das ein wichtiges Thema ist. Durrer stellte aber die Frage, ob der Ort – immerhin im Zentrum von Schwyz – wirklich der richtige sei, während Laimbacher den 40-Prozent-Anteil als «eindeutig» zu hoch empfand. Wie in der Umfrage waren auch die Podiumsteilnehmer der



Sie diskutierten über die Zukunft an der Bahnhofstrasse in Schwyz: Urs Durrer (von links), Gesprächsleiter Dominik Blunschy, Kantonsrat Beni Reichmuth und Säckelmeister Benno Laimbacher.

Bild: Jürg Auf der Maur

Ansicht, dass eine Mischnutzung entstehen soll. Reichmuth, als ehemaliger Gewerbepräsident, befürchtete, dass das KMU-Gewerbe am Schluss weder auf dem Zeughausareal noch an der

Bahnhofstrasse genügend Platz erhalten werde. Trotz der grossen Einigkeit: Im Detail sind die Wünsche nach wie vor nicht deckungsgleich. Während Durrer sich auch eine Kita, ein Café

oder auch Kultur vorstellen kann, möchte Reichmuth möglichst viele Arbeitsplätze schaffen. «Ziel ist, die Chance zu packen, um ein möglichst attraktives Zentrum im Hauptort zu erhalten, liess sich Laimbacher noch nicht zu stark in die Karten schauen.

Der Gemeinderat sei an der Arbeit, eine Arbeitsgruppe sei eingesetzt, und die Bevölkerung werde so bald wie möglich involviert», versprach er. Laimbacher: «Wir müssen aber noch etwas warten.»

Nach den beiden sehr interessanten Einführungsreferaten von Nationalrat Philipp Kutter, der einige Planungen und deren Vorgehensweisen in der Stadt Wädenswil aufzeigte, und den Ausführungen von Bea Durrer (Uni Luzern) war allen klar, dass nicht nur ein gemeinsames Vorgehen entscheidend ist, sondern vor allem auch der Einbezug der Bevölkerung. «Was für eine Gemeinde richtig ist, liegt in der Verantwortung der Bevölkerung. Sie hat das Recht zur Mitsprache», betonte denn auch Bea Durrer.

«Der Bildungsmarkt verlangt offenbar nach höheren Löhnen»

Mitte-Kantonsrat Daniel Landolt war Freienbacher Gemeindepräsident. Er erklärt die Konkurrenzsituation mit Zürich bei den Lehrgehältern.

Jürg Auf der Maur

Daniel Landolt war von 2012 bis 2024 Gemeindepräsident von Freienbach. Als direkter Nachbar des Kantons Zürich beschäftigte den Politiker die Lohnkonkurrenz bei den Lehrpersonen in den beiden Kantonen ganz besonders. Freienbach wollte die Löhne als Gemeinde deshalb finanziell ergänzen, wurde vom Regierungsrat aber zurückgepfiffen.

Am 28. September wird im Kanton Schwyz über die Einstiegsgehälter der Junglehrpersonen abgestimmt. Diese sollen erhöht werden. Wie zuversichtlich sind Sie als Mitte-Kantonsrat, dass die Vorlage angenommen wird?

Ich bin zuversichtlich. Gerade Familien mit schulpflichtigen Kindern haben die schwierige Situation in den letzten Jahren selber erlebt. Ich hoffe einfach, dass jene, die die Vorlage gut finden, dann auch an die Urne gehen. Letztlich dürfte wohl entscheidend sein, welchem Lager es besser gelingt, die Wähler zu mobilisieren.

Als Freienbacher sind Sie ganz besonders geprägt. Die reiche Gemeinde wollte vor Jahren selber einen Zuschuss zahlen, um die Differenz zum nahen Kanton Zürich zu reduzieren. Haben Sie Verständnis, dass der Kanton damals Nein sagte?

Ja, grundsätzlich schon. Es ist klar, dass der Kanton darauf achten muss, dass die Spiesse an der öffentlichen Schule gleich lang bleiben. Andererseits habe ich einfach weiterhin Mühe damit, dass alle Schulen in den gleichen Topf geworfen werden. Die Schulen in den Höfen haben nun einmal ein völlig anderes Umfeld als die Schulen in Muotathal oder Oberiberg.

Wäre das eine Überlegung, die nochmals verfolgt werden sollte, falls das Volk im September der SVP folgt und Nein stimmt?

Ja. Ich denke, dass wir versuchen sollten, den Schulen in einem klar zu definierenden Rahmen die Möglichkeit



Erste Massnahmen sind bereits ergriffen worden, nun will der Kanton Schwyz auch die Einstiegsgehälter für Lehrpersonen anpassen, um die Abwanderung in andere Kantone zu bremsen.

Bild: Keystone

zu geben, auf die unterschiedlichen Herausforderungen zu reagieren. Das wäre dann aber die Aufgabe des Gesetzgebers.

Wie beurteilen Sie die gegnerischen Argumente? Die Löhne der Lehrerschaft sind bereits jetzt gut.

Wenn ich die Löhne der Lehrpersonen zum Beispiel mit den Löhnen in unseren KMU vergleiche, stimmt diese Aussage sicher. Die Löhne sind gut. Fakt ist aber einfach, dass wir, gerade bei den Einstiegsgehältern, mit dem Kanton Zürich nicht konkurrieren können. Ich verstehe eine junge Lehrperson, die sich entscheidet, in Richterswil zu arbeiten, wenn sie dort im Jahr über 10'000 Franken mehr verdient als in Bäch.

Der Lohn wird ja kaum der einzige Grund sein, weshalb Lehrpersonenmangel herrscht. In den Städten, so heisst es, seien nicht nur die

Löhne, sondern auch die Probleme im Schulbetrieb grösser.

Nein, der Lohn ist sicher nicht der einzige Grund. Ich weiss nicht, wie es in den Städten ist. Es ist aber sicher so, dass in den Agglomerationsgemeinden andere Herausforderungen bestehen als in den zentralen Gemeinden des Kantons. Das gilt insbesondere für die Sprache. In Freienbach waren während meiner Zeit als Gemeindepräsident die Mundart-Muttersprachler bereits in der Minderheit, und auch die Deutschsprachler bildeten nur noch eine knappe Mehrheit.

Also?

Ich weiss nicht, wie das jetzt aussieht, glaube aber kaum, dass sich dieses Verhältnis stark verändert hat. Das macht es für die Lehrpersonen – auch im Umgang mit den Eltern – sicher schwieriger. Auch die Ansprüche, die die Eltern an die Schule stellen, sind mutmasslich

in den Höfen anders als in anderen Gegenden unseres Kantons.

Würden Lehrkräfte nicht Teilzeit arbeiten, weil sie eben bereits heute gut bezahlt werden, hätten wir dann keinen oder einen viel kleineren Lehrpersonenmangel?

Es stimmt selbstverständlich, dass der Lehrermangel kleiner wäre, wenn die vorhandenen Lehrpersonen in grösseren Pensen arbeiten würden. Ich zweifle aber daran, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Lohnhöhe und dem Pensum besteht. Sonst müsste es ja etwa in der Oberstufe mit höheren Löhnen oder in Bereichen der Privatwirtschaft mit höheren Löhnen auch mehr Teilzeitarbeitende geben. Ich glaube nicht, dass das so ist.

Wo sehen Sie dann die Gründe?

Bei den Lehrpersonen dürfte ein Grund für die hohe Quote an Teilzeitarbeitenden

den auch darin liegen, dass viele Frauen in diesem Bereich tätig sind, die neben der Erwerbstätigkeit auch noch Familienarbeit leisten müssen. Eine ähnliche Situation haben wir ja auch im Bereich der Pflege.

Was ist denn mit dem Gewerbe? Die KMU haben ebenfalls Mühe, genügend Arbeitskräfte zu finden. Auch hier sind die Löhne in Zürich viel höher als in Schwyz.

Ich sehe den Sinn dieser Diskussion nicht wirklich. Wenn wir Lehrpersonen brauchen, nützt es nichts, wenn wir Coiffeusen oder Schreiner besser bezahlen. Letztlich bestimmt der jeweilige Markt, zu welchen Konditionen ich Mitarbeiter finde oder eben nicht. Und der Bildungsmarkt verlangt nun offenbar nach besseren Löhnen. Im Bildungswesen besteht denn auch nur beschränkte Konkurrenz zur Privatwirtschaft, von den Privatschulen einmal abgesehen. Viel problematischer finde ich es, wenn in anderen staatlichen Bereichen, etwa in der Bundesverwaltung, wo unmittelbare Arbeitgeberkonkurrenz mit der Privatwirtschaft besteht, Löhne bezahlt werden, die die Privatwirtschaft schlichtweg nicht zahlen kann.

Steckt nicht letztlich ein grundsätzliches Problem dahinter, beim Arbeitskräfte- und Lehrpersonenmangel? Die Babyboomer gehen in Rente, die Generation Z ist nicht bereit, in die Lücke zu springen.

Doch, selbstverständlich. Gerade in Bereichen, die einfach «betrieben» werden müssen – eben Schulen, Heime oder Spitäler – wirkt sich ein Mangel einfach viel unmittelbarer aus als in Bereichen, wo auf Mangel auch mit einer Reduktion der Leistung reagiert werden kann. Ich glaube nicht, dass die Gen Z nicht bereit ist, in die Lücke zu springen. Aber eine kleinere Generation kann nun einmal eine Lücke nicht vollständig auffüllen, die durch den Wegfall einer grösseren Generation entsteht.

Hinweis: Das Interview wurde schriftlich geführt.